

Presseinformation

Neue Gesellschaftsstudie:

Niedersächsischer Demokratie-Monitor (NDM) 2021

Hannover, 11. Februar 2022 – Vor der Landespressekonferenz haben Wissenschaftler*innen des Instituts für Demokratieforschung der Universität Göttingen die Studie „**Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021. Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie**“ vorgestellt. Der Niedersächsische Demokratiemonitor (NDM) wird im Rahmen der **Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse der politischen und religiösen Extremismen in Niedersachsen (FoDEX)** in Kooperation mit dem Methodenzentrum Sozialwissenschaften der Universität Göttingen erhoben.

Repräsentative Erhebung

Im Rahmen des NDMs werden turnusmäßig seit 2019 statistisch repräsentative sowie qualitativ vertiefende Untersuchungen zu politischen Einstellungen in Niedersachsen durchgeführt. Der NDM 2021 ist die nunmehr zweite quantitative Erhebung. Die Telefonbefragung wurde zwischen dem 30. April bis zum 13. Juni 2021 von der **BIK ASCHPURWIS + BEHRENS GmbH** durchgeführt, es konnte eine für die deutschsprachige niedersächsische Wohnbevölkerung ab 16 Jahren repräsentative Stichprobe mit insgesamt 1.001 Fällen realisiert werden.

Kombinierte Längsschnittstudie

Unter der Ländermonitoren nimmt der Niedersächsische Demokratiemonitor insofern eine Sonderstellung ein, als dass er eine gezielte Kombination von qualitativen und quantitativen Methoden anstrebt. Das Forschungsdesign verbindet die Vorzüge quantitativer und qualitativer Forschung. Offene Fragen, welche die Umfrageergebnisse der ersten Befragung 2019 aufwarfen, wurden 2020 im Rahmen von Gruppendiskussionen vertiefend nachgegangen. Politische Sinnbezüge und Ordnungsideen der niedersächsischen Bevölkerung konnten so identifiziert werden. Die Erkenntnisse aus der Vertiefungsstudie 2020 wurden wiederum zur

Verbesserung und Erweiterung der Fragebogenitems der quantitativen Erhebung 2021 herangezogen. Für 2022 befinden sich wiederum qualitativen Studien in der Planung.

Ziel der Studie

Der NDM hat die Aufgabe, mehrheitskulturelle politische Mentalitätstrends der Niedersachsen zu identifizieren sowie im Zeitverlauf zu dokumentieren und zu analysieren. Die aktuelle Ausgabe sucht in Fortführung der Vorgängerstudien nach Veränderungen wie Konstanten in den Einstellungen der niedersächsischen Wohnbevölkerung zu Politik, Demokratie und Gesellschaft. Aktualitätsbezogen wurden in diesem Zusammenhang zusätzlich Einstellungen zur Corona-Politik erhoben. Ziel ist es, langfristige Trends der Unterstützung der Demokratie und ihrer Gefährdung frühzeitig zu identifizieren.

Wichtige Ergebnisse im Überblick

Weiterhin großes politisches Interesse

Für die Niedersachsen gehört es zum guten Ton, als demokratische*r Bürger*in tagespolitisch grundlegend informiert zu sein: Rund vier Fünftel der Befragten geben an, regelmäßig persönliche Gespräche über politische Themen zu führen, 86 Prozent informieren sich dabei vor allem durch das Fernsehen über Politik. Dennoch sind nur wenige Mitglied in einer politischen Partei (6 Prozent) oder Gewerkschaft (21 Prozent). Im Vergleich zur Erhebung 2019 hat sich die Anzahl der politisch Interessierten in Niedersachsen leicht verringert (48 Prozent 2019 gegenüber 41 Prozent 2021).

Problemfokus Corona

Insbesondere bei der Frage nach dem wichtigsten und zweitwichtigsten Problem in Deutschland zeigt sich im Sommer 2021 – unserem Erhebungszeitraum – der Einfluss der Pandemie. Waren 2019 und 2020 noch Themen wie soziale Ungerechtigkeit, Migrationspolitik sowie die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zentral, sieht eine deutliche Mehrheit nun den größten politischen Handlungsbedarf in der Bewältigung der Corona-Krise.

Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt infolge der Corona-Pandemie

Zwar fürchten viele Niedersachsen die gesundheitlichen Folgen von Corona, aber noch mehr – 71 Prozent der Befragten – sorgen sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt infolge der Pandemie. Lediglich 5 Prozent äußern Vorbehalte gegenüber der Schutzimpfung, 86 Prozent der Befragten gaben an, sie wahrnehmen zu wollen – ein Wert, der rund 10 Prozentpunkte über der gegenwärtig tatsächlich realisierten Impfquote in Niedersachsen liegt (Stand: Ende Januar 2022; vollständig (2x) Geimpfte). Es ist zudem weniger die Furcht vor einer eigenen Ansteckung, die die Niedersachsen umtreibt (eine Angst, die 40 Prozent der Befragten äußern), sondern vielmehr die Sorge vor einer Infektion Angehöriger (69 Prozent).

Einschränkende Maßnahmen vs. Einschränken der Maßnahmen

Die Niedersachsen sind gespalten, wenn es um die Bewertung der politischen Maßnahmen während der Corona-Pandemie geht: Während sich die eine Hälfte der Befragten zufrieden mit der staatlichen Corona-Bekämpfung zeigt, ist die andere Hälfte entsprechend unzufrieden. Allerdings liegt hierin keine klare eindimensionale Polarisierung. Dies ist erkennbar in der Einschätzung der Rolle des Staates: staatliche Vorgaben bei der Pandemiebekämpfung sehen 36 Prozent eher und 18 Prozent als vollkommen gerechtfertigt an; weitere 30 Prozent befürworten gesetzlich gestützte Restriktionen zumindest zum Teil. Demgegenüber sind nur 16 Prozent der Befragten der Meinung, dass der Infektionsschutz eher bzw. vollkommen der Eigenverantwortung der Bürger*innen überlassen werden sollte. Somit ist es in Niedersachsen – zumindest zum Befragungszeitpunkt im Sommer 2021 – nur eine Minderheit, die die staatliche Politik der Corona-Bekämpfung ablehnt.

Keine Vertrauenskrise im Zuge der Corona-Pandemie

Die Corona-Krise hat bis zum Sommer 2021 nicht wie befürchtet zu einer Vertrauenskrise des politischen Systems geführt – ganz im Gegenteil: Das Vertrauen in Politik und Institutionen ist während der Pandemie in Niedersachsen sogar gestiegen. Zwei Drittel (62 Prozent) der Befragten sind der Überzeugung, dass die Politik die zurzeit drängendsten Probleme wahrnimmt, und drei Viertel (73 Prozent) trauen ihr zu, diese Probleme auch tatsächlich zu lösen.

Hohe Vertrauenswerte für die niedersächsische Landesregierung

Der niedersächsischen Landespolitik wird ein sehr hohes Vertrauen entgegengebracht (82 Prozent), deutlich mehr als der damaligen Bundesregierung (58 Prozent). Auch ihre Corona-Politik wird besser bewertet als die der Bundesebene (55 Prozent zu 46 Prozent).

Vertrauen in Parteien

Auf Parteebene vertrauen der CDU, SPD und den Grünen fast identisch viele Befragte sehr oder eher mit ca. 52 Prozent, der FDP 35 Prozent, den Linken 26 Prozent und der AfD 4 Prozent.

Institutionenvertrauen nimmt zu

Während der Corona-Pandemie stieg das Institutionenvertrauen: Insbesondere dem Bundesverfassungsgericht sowie der Polizei vertrauen durchschnittlich 46 respektive 42 Prozent der Niedersachsen stark. Auf dem dritten Platz folgt mit 23 Prozent der Verfassungsschutz, der damit im Vergleich zu 2019 beträchtliche 10 Prozentpunkte dazugewinnt. Vermutlich werden der Verfassungsschutz wie auch das Bundesverfassungsgericht als abseits von politischen und gesellschaftlichen Streitereien stehende, neutrale Institutionen wahrgenommen, die – insbesondere in krisenbelasteten Zeiten wie während einer Pandemie – für Stabilität stehen. Bereits in der Vertiefungsstudie wurde deutlich, dass die Niedersachsen dazu tendieren, Ordnung und Stabilität als Zeichen einer funktionsfähigen Demokratie aufzufassen.

Anfälligkeit für Verschwörungsglauben bleibt konstant

Ein konstant hoher Anteil von ca. 27 Prozent der befragten Niedersachsen zeigt sich anfällig für Verschwörungserzählungen. Bis zu 70 Prozent hingegen zeigt eine ablehnende Haltung. Es fällt auf, dass Jüngere sowie formal höher Gebildete Personen eher resilient sind. Der Anteil derer, die glauben, dass der Einfluss von Lobbyist*innen auf politische Entscheidungen unterschätzt werde – was in der qualitativen Vertiefungsstudie aus dem Jahr 2020 geäußert wurde – ist auch in der quantitativen Befragung mit insgesamt 81 Prozent sehr hoch. Auch Personen ohne Neigung zu Verschwörungsglauben halten den Lobbyeinfluss für zu groß.

Mehr Zufriedene und Unzufriedene mit der Demokratie

Die Hälfte der Befragten zeigt sich zufrieden mit der Demokratie, allerdings sehen wir im Vergleich zu 2019 eine gewisse Polarisierung: Es gibt sowohl einen Anstieg der Zufriedenen (von 45 Prozent auf 50 Prozent) als auch der Unzufriedenen (von 15 Prozent auf 19 Prozent). Insbesondere in der Gruppe der 40- bis 60-Jährigen sowie bei Personen, die angaben, bei der nächsten Landtagswahl AfD, eine der Kleinstparteien oder die FDP zu wählen, finden sich gehäuft Demokratieunzufriedene.

Politische Selbsteinschätzung: Mitte

Die meisten Niedersachsen verorten sich auf einer Links-Rechts-Skala in der Mitte. Nur Wenige geben an, rechts der Mitte positioniert zu sein. Auch Personen, die eine starke Führung befürworten und Streit als schädlich ansehen, neigen eher dazu, sich in der Mitte zu positionieren. Dies scheint ein Hinweis darauf zu sein, dass sich auch solche Personen als mittig einstufen, die gesellschaftlich eher das konservativere Spektrum repräsentieren. Bei den Themen zeigen sich die gesellschaftspolitischen, aber nicht die ökonomischen Themen als polarisierend: Wer entweder gegen die EU ist oder die Bekämpfung des Klimawandels als besonders wichtig erachtet, der positioniert sich nicht in der Mitte.

Regionale Unterschiede im Demokratierückhalt

Die Niedersachsen weisen einen sehr hohen Rückhalt für die repräsentative Demokratie auf: 73 Prozent halten Parteien sowie die Existenz einer Opposition für sehr wichtig; lediglich 5 Prozent tun dies nicht. Allerdings entdecken wir auf regionaler Ebene statistisch signifikante Mikroabweichungen, die auf unterschiedliche lokale politische Kulturen hinweisen. Sehr hohe Unterstützungswerte zeigen sich im Nordosten Niedersachsens südlich von Hamburg, etwas niedrigere Werte im Südosten Niedersachsens rund um Braunschweig, Wolfsburg und auch Göttingen. Dieser Befund beruht allerdings noch auf einer sehr groben Regionseinteilung und soll in den kommenden Studien vertieft analysiert werden.

Paradox: Polarisierende Zufriedenheit

Die aktuellen Befunde für Niedersachsen muten etwas paradox an: Das durch die Corona-Krise hervorgerufene Konfliktpotenzial fällt auf den ersten Blick insgesamt gering aus, die Loyalität zu

Institutionen wie dem politischen Establishment ist ausgeprägt. Diese Loyalität korreliert eng mit der allgemeinen Demokratiezufriedenheit und wird aller Voraussicht nach auch durch die aktuelle Gesundheitskrise nicht erschüttert. Allerdings zeigt sich auf den zweiten Blick, dass auch in Niedersachsen ein nicht unerheblicher Anteil unzufrieden mit der Demokratie im Allgemeinen und der Corona-Politik im Besonderen ist. Zudem werden die allgemeinen Zukunftsaussichten für künftige Generationen von 64 Prozent der Befragten – also auch von vielen, die sich individuell zufrieden mit ihrer eigenen Lage äußern – als schlechter als heute eingeschätzt. Unsere Hypothese ist, dass – gerade, weil es mehr Zufriedene trotz der Einschränkungen gibt – sich umgekehrt die ohnehin schon tendenziell Unzufriedenen radikalisieren, weil sie immer mehr in die Defensive geraten. Sie stoßen mit ihrer extremen Unzufriedenheit nicht auf Resonanz in der Mehrheitsgesellschaft und äußern ihre Sorgen entsprechend umso sichtbarer.

Wie geforscht wurde

Die telefonische Befragung, die zwischen dem 30. April bis zum 13. Juni 2021 durchgeführt wurde, dauerte durchschnittlich rund 26 Minuten. Befragt wurden insgesamt 1.001 Bürger*innen Niedersachsens, die mindestens 16 Jahre alt und Teil der deutschsprachigen Wohnbevölkerung sind. Es handelte sich um eine computerunterstützte Telefonbefragung (CATI) auf Basis der ADM-Telefonauswahlgrundlage 2020 für Festnetz und Mobil. Im Zuge des Dual-Frame-Ansatzes wurden 701 Befragungen über Festnetz und 300 über Mobilfunk realisiert. Um die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft von Personen bestimmter demografischer Merkmalsgruppen in der Befragung auszugleichen, wurden für die Datenauswertung auf Basis der Verteilung von Alter, Geschlecht und Bildung im Mikrozensus 2019 entsprechende Gewichtungen gesetzt.

Schenke, Julian / Munderloh, Annemieke / Franzmann, Simon T. / Kühnel, Steffen

Niedersächsischer Demokratie-Monitor

NDM 2021 – Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie



FoDEX-Studie Nr. 8 (2021)

ISSN (Print): 2628 - 3743

ISSN (Online): 2628 - 3751

ISBN: 978-3-86395-521-2

doi: <https://doi.org/10.17875/gup2021-1817>

Die Studie ist online abrufbar unter:

<https://www.fodex-online.de/publikationen/ndm2021/>

Ansprechpartner*innen:

Prof. Dr. Simon T. Franzmann, Dr. Stine Marg und Annemieke Munderloh

Anfragen bitte über ifdem@uni-goettingen.de